

Globale soziale Rechte – statt nationaler Lösungen

Welche Krise – welche Lösungen?

Nach wie vor befinden wir uns weltweit in einer multiplen Krise, die ihre Ursache im Kern in der globalisierten kapitalistischen Ökonomie hat. Je länger die Krise anhält und je tiefer sie geht, desto stärker wird der Wunsch nach einfachen Lösungen.

Attac kann die einfache Lösung für die aktuelle Krise nicht liefern. Wir können allerdings Kriterien nennen, denen die Lösungsansätze genügen müssen, wenn sie in Richtung einer sozialeren und gerechteren Welt weisen sollen. Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung ab, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und der Konzerne orientiert ist. Dies heißt allerdings nicht im Umkehrschluss, dass wir zurück zu einer in erster Linie nationalstaatlich verfassten Ökonomie und Sozialpolitik wollen. Wir wollen nicht den ‚guten‘ rheinischen Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, statt des ‚bösen‘ angelsächsischen Raubtierkapitalismus. Wir wollen nicht die ‚guten‘ nationalen Lösungen gegen die anonyme Mechanismen der globalen Märkte oder die antidemokratische EU-Bürokratie in Stellung bringen. Denn antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen staatlichen Ebenen, in den Kommunen, auf nationaler Ebene und bei der EU, und auf all diesen Ebenen gilt es sie zu bekämpfen. Was wir wollen ist eine Gesellschaft, die im globalen Maßstab soziale Rechte verwirklicht, gerecht und demokratisch verfasst ist und die natürlichen Ressourcen schont.

Hauptsache Kritik an den herrschenden

Verhältnissen – Hauptsache ein breites Bündnis?

Reicht es, dass eine Gruppierung gegen die ‚Diktatur der Finanzmärkte‘ ist, um in dieser Auseinandersetzung um eine andere Welt unser Bündnispartner zu sein? Sicher nicht. Emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe, wie sie von Attac vertreten werden, beziehen sich in ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen immer auf die sozialen Verhältnisse, die diesen zu Grunde liegen. Sie fragen also, welche sozialen Gruppen von den Verhältnissen profitieren (z.B. Vermögensbesitzer_innen) und welche unter ihnen leiden (z.B. Bezieher_innen von Hartz IV). Rechte Gesellschaftsentwürfe gehen von nationalen Kollektiven aus, denen gemeinsame Interessen unterstellt werden, die in Gegensatz zu den Interessen anderer Nationen gestellt werden. Diese nationale Gemeinschaft ist immer ausgrenzend, wird also nicht einmal auf alle innerhalb der Landesgrenzen Lebenden gedacht – es gibt immer „Ausländer“, die nicht dazugehören sollen. Die Vorstellung vom nationalen Kollektiv geht in fließenden Übergängen von rechtskonservativen Ansätzen bis hin zur nationalsozialistischen völkischen Idee, die eine Zugehörigkeit zum ‚Volkkörper‘ nur über Abstammungslinien denken kann. In der aktuellen Debatte um Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fällt auf, dass die Rechten ausschließlich den ESM kritisieren und den Fiskalpakt oft nicht einmal erwähnen. Das liegt daran, dass die europaweite Kürzungspolitik für die Rechten überhaupt kein Problem darstellt. Dass Geld aus Deutschland anderen Ländern zugute kommen könnte, ist die große und die einzige Angst der Rechten in der Eurokrise. Zugleich verdeckt diese Argumentation die Konflikte im ‚Inneren‘. So beruhen

etwa die ‚deutsche Exportweltmeisterschaft‘ und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa wesentlich auf geringen Löhnen hierzulande, während die Unternehmer_innen und Aktionär_innen profitieren. Mit Nationalist_innen, die solche Positionen vertreten und auf eine autoritäre Lösung der Krise zielen, ist für uns keinerlei Zusammenarbeit möglich. Jede öffentliche Gemeinsamkeit mit diesen Kräften würde nur dazu beitragen, ihren Einfluss zu stärken und damit den Weg für nationalchauvinistisches Gedankengut zu öffnen. Gerade weil es in großen Teilen der Bevölkerung eine starke Verunsicherung in Zeiten der Krise gibt, gilt es, gegen diese Kräfte und ihr Denken und Handeln zu mobilisieren und offensiv für Wege zu einem solidarischen Europa und einer solidarischen Weltwirtschaft zu streiten. Wenn wir sagen, „wir zahlen nicht für eure Krise“, dann meinen wir, dass diejenigen, die unter der Krise leiden, die Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentner_innen nicht weiter für die Kosten der Krise aufkommen sollen, sondern diejenigen, die bisher am meisten profitiert haben, also die Vermögensbesitzer_innen. Wenn die Rechtspopulisten sagen, „wir zahlen nicht für eure Krise“ dann meinen sie damit, dass „die Deutschen“ nicht für die Krisenfolgen in Griechenland zahlen wollen. Beides entspricht grundsätzlich gegensätzlichen Gesellschaftsentwürfen und weist auf grundsätzlich andere Lösungsmuster für die Krise.

Aufklärung und Selbstermächtigung statt Propaganda

Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, für politische, wirtschaftliche und soziale Menschenrechte, für Demokratie und ressourcenschonendes Produzieren und Konsumieren ein. Daran muss sich auch unserer Kritik an den herrschenden Zuständen messen. Sie muss dazu beitragen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen für die Krise zu erkennen und darf bei der Analyse nicht an Oberflächenphänomenen hängen bleiben. Statt Vorurteile zu bedienen und Ressentiments zu verstärken, mit denen sich vielleicht kurzfristig Mobilisierungserfolge erzielen ließen, muss sie Aufklärung über die sozialen Verhältnisse betreiben. Statt auf schnelle Erfolge zu schießen, sollte sie diejenigen, die sie in Bewegung setzen will, in die Lage versetzen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie darf in ihrer Zielsetzung keine Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihre Religion oder ihrer Staatszugehörigkeit ausgrenzen.

Dabei kann der Weg zu einer anderen möglichen Welt nur ein demokratischer sein. Auf diesem Weg arbeiten wir mit Menschen und Gruppen zusammen, die nicht alle unsere Ziele teilen, mit denen wir aber Teilziele erreichen können. Die Zusammenarbeit hat dort ihre Grenzen, wo Gruppen mit rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, chauvinistischen und verwandten Ideologien arbeiten. Auch dann, wenn sie diese in ihren Texten nicht offen publizieren, sondern versuchen, über eher allgemein gehaltene Formulierungen Anschluss an populäre Kriseninterpretationen zu finden. Mit solchen Gruppen gibt es keine Gemeinsamkeiten.